

Presseschau Beitrag

- [Weltwirtschaftskrise](#) [1]
- [Banken](#) [2]
- [Staatsanleihen](#) [3]
- [Eurokrise](#) [4]
- [Kredite](#) [5]

Eurobonds statt Schuldenerlass?

Ein Lösungsvorschlag

von [Axel Weipert](#) [6] am 25. Juni 2011

Ganz offensichtlich wird Griechenland seine Schulden unter den aktuellen Bedingungen kaum abzahlen oder auch nur wesentlich verringern können. Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat deshalb [mehrere Möglichkeiten untersucht](#) [7], um aus der Schuldenfalle herauszukommen.

Einmal gäbe es die Variante, die Schulden um einen bestimmten Anteil – etwa 25 oder 35 Prozent – zu kürzen. Dieser sog. Haircut würde also die Gläubiger massiv treffen. Eine weichere Form wäre die Umschuldung: Die Kreditforderungen würden weiter in voller Höhe bestehen, aber die Zinsen gesenkt und die Laufzeit verlängert werden.

Das IMK hält aber eine dritte Option für die beste: Die Ausgabe von Eurobonds, also Staatsanleihen, für die alle Euroländer gemeinsam bürgen und die daher deutlich billiger für Griechenland wären. Umgekehrt würden dann die anderen Länder eben einen Teil des Ausfallrisikos übernehmen.

Kommentar

Gustav Horn und seine Mitarbeiter halten das Risiko eines Haircuts für sehr hoch: Die Investoren würden verunsichert werden. Und das nicht nur in Griechenland, sondern auch in anderen Krisenländern wie Spanien, Portugal oder Irland. Es drohe dann eine Kettenreaktion, die letztlich auch Deutschland treffen würde.

Man muss sich aber schon die Frage stellen: Wenn die Investoren seinerzeit wegen hoher Zinsen griechische Anleihen gekauft haben, warum sollen sie jetzt nicht an der Bewältigung der Krise beteiligt werden? Denn hohe Zinsen sind nichts anderes als eine Risikoprämie. Hinzu kommt, dass eben diese Zinsen zu einer Verschärfung der Lage massiv beigetragen haben.

Gewiss: Ein Gutteil der Schulden liegt längst nicht mehr bei den privaten Banken, denn denen haben EZB und andere staatliche Institutionen diese faulen Kredite längst abgekauft bzw. deren Forderungen wurden bei Auslaufen durch staatliche Kredite abgelöst. Eine solche fragwürdige Praxis, wie sie die »Rettungspakete« verkörpern, hätte man also gar nicht umsetzen dürfen. Es wäre aber denkbar, die Banken durch eine neu einzuführende, eventuell auch zeitlich befristete Steuer dennoch an der Bewältigung der Krise zu beteiligen. Dergleichen findet sich in dem Vorschlag von Horn leider nicht.

 [8]

[Niedrigzinsen und Eurobonds können Griechenland-Krise entschärfen](#) [8]

[Böckler Impuls](#) [9] 22.6.2011 von [Fabian Lindner](#) [10], [Gustav Horn](#) [11], [Torsten Niechoj](#) [12]

Quelladresse (abgerufen am 18.5.2024):

<http://dasdossier.de/presseschau/wirtschaft/staat-und-wirtschaft/eurobonds-statt-schuldenerlass>

Links:

- [1] <http://dasdossier.de/schwerpunkt/weltwirtschaftskrise>
- [2] <http://dasdossier.de/stichwort/banken>
- [3] <http://dasdossier.de/stichwort/staatsanleihen>
- [4] <http://dasdossier.de/stichwort/eurokrise>
- [5] <http://dasdossier.de/stichwort/kredite>
- [6] <http://dasdossier.de/nutzer/axel-weipert>
- [7] http://www.boeckler.de/32014_114109.html#link
- [8] http://www.boeckler.de/32014_114109.html
- [9] <http://dasdossier.de/medium/boeckler-impuls>
- [10] <http://dasdossier.de/autor/fabian-lindner>
- [11] <http://dasdossier.de/autor/gustav-horn>
- [12] <http://dasdossier.de/autor/torsten-niechoj>